Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,60 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: **Karl Hoffmann in Bielefeld.**

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der **Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.**

Nr. 139. **Bielefeld, Mittwoch, 17. Juni 1896.** **7. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

106. Sitzung vom 16. Juni 1896, 1 Uhr.

Vizepräsident Schmidt eröffnet die Sitzung.

Am Bundesratstische: Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, Graf v. Posadowsky u. a.

Die zweite Beratung eines Gesetzes betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1896/97 in Verbindung mit der Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres und des Auswärtigen Amts, sowie der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung wird fortgesetzt.

Es handelt sich zunächst um Kasernenbauten, die meistens ohne Debatte bewilligt werden.

Eine Forderung für den Neubau einer Kaserne in Wiesbaden ist von der Budgetkommission gestrichen worden.

Abg. Dr. Lieber (Z.) empfiehlt die Wiederherstellung des Titels.

Abg. Werner (Ant.) bittet, es bei dem Beschluß der Kommission zu belassen und im nächsten Etat eine Forderung für einen Kasernenbau in Rothenburg einzustellen. Rothenburg verdiene die Kaserne in viel höherem Grade als Wiesbaden.

Nach längerer Debatte wird der Antrag Lieber auf Wiederherstellung des Titels angenommen.

Eine längere Debatte ruft ein Antrag des Abg. Colbus (Els.) hervor, eine Garnison von St. Avold nach Forbach zu verlegen. Dem Antrage der Budgetkommission gemäß wird aber beschlossen, die Kaserne in St. Avold zu bauen und die Garnison dort zu belassen.

Für das württembergische Kontingent werden 600 000 M. gefordert.

Abg. Rembold (Z.) beantragt, nur 360 000 M. zu bewilligen.

Nachdem aber Geh. Kriegsrat Horin und Abg. Dr. Lieber (Z.) für Bewilligung der ganzen Summe eingetreten sind, wird diese bewilligt. Außerdem wird eine Resolution Lieber angenommen, in der der Regierung aufgegeben wird, die alten Kasernen so viel wie möglich bei der Unterbringung der neuen Vollbataillone zu benutzen und die Ersparnisse dann zu verrechnen.

Der Rest des Nachtragsetats, auch der für die Reichspost-Verwaltung (neues Kabel nach England) wird hierauf ohne Debatte bewilligt.

Der zweite Nachtragsetat: 451 057 M. an fortdauernden Ausgaben für Versuche im Bereiche des Artilleriewesens, wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung unverändert bewilligt.

Es werden einige Rechnungssachen erledigt und hierauf das Gesetz betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres in dritter Lesung genehmigt.

Die Gesamtabstimmung über die Gewerbeordnungsnovelle wird vorläufig ausgesetzt. Es folgen Petitionen.

Abg. Fischbeck beantragt, über einige Petitionen, die den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe fordern, zur Tagesordnung überzugehen.

Die Petitionskommission beantragt, die Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Benoit (fr. Vg.) tritt für den Antrag Fischbeck ein.

Die Abgg. Jacobskötter (kons.) und Euler (Z.) bitten, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Abg. von Bennigsen (nat.) beantragt, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

Abg. Fischbeck beantragt, auch darüber abzustimmen und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Es erfolgt der Namensaufruf, der die Anwesenheit von 176 Mitgliedern ergiebt. Das Haus ist nicht beschlußfähig. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Jesuitenantrag, Anträge betr. Vereins- und Versammlungsgesetz.)

Die Gewerkschaften und die deutsche Arbeiterbewegung.

9. Die Gewerkschaften als Kampf-Organisationen.

Die Gewerkschaften sind Kampf-Organisationen, stets und überall, wenn sie auch manchmal besonders einem mit bürgerlichen Scheuklappen bedeckten Blick anders erscheinen mögen. Sie sind Kampforganisationen, einmal weil ihr Ziel, ihre Bedeutung, ihre Bethätigung in nichts anderem besteht, als in der Erringung besserer Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen, also im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, sodann aber weil, so verschiedenartig auch die gewerkschaftlichen Kampfesmittel sind, sie alle doch in dem einen Knoten vereinigt sind, der sie allein zusammenhält: in der Arbeitseinstellung, dem Streik. Die Entwickelung der Gewerkschaften macht viele Streiks entbehrlich, sie vermindert die Zahl der Streiks, leitet sie in sicherere Bahnen, aber in dem Moment, wo es etwa den Kapitalisten gelingen sollte, die Streiks zur Unmöglichkeit zu machen, in dem Moment ist thatsächlich den Gewerkschaften nicht bloß „ein" Lebensnerv, sondern der Lebensnerv durchschnitten worden, und sie verlieren jede Bedeutung, sinken kraftlos zusammen. Aber gerade deshalb sind die Streiks, so lange die kapitalistische Gesellschaft besteht, unausrottbar, unvertilgbar.

Nur von diesem Gesichtspunkte allein ist die Gewerkschaftsbewegung zu begreifen und zu würdigen. Verläßt man aber diesen Standpunkt, dann gerät man freilich sofort in einen Wirrwarr von Widersprüchen. Am besten zeigt sich das bei der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung hat nur einen Sinn als gewerkschaftliches Kampfesmittel. Dann handelt es sich aber auch dabei am allerwenigsten um die Arbeitslosen selbst, sondern hauptsächlich um die beschäftigten Arbeiter, die unter der Konkurrenz der Arbeitslosen leiden. Es handelt sich nicht darum, die Arbeitslosigkeit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu beseitigen, sondern darum, die Konkurrenz der Arbeitslosen in ihren die Widerstandskraft der Arbeiterorganisation schädigenden Wirkungen zu mildern.

Streikunterstützung ist ja auch Unterstützung von Arbeitslosen, und doch besteht gerade darin das Wesen der Gewerkschaft. Man wird aber während eines Streiks öfters genötigt sein, selbst Nichtorganisierte und auch solche zu unterstützen, die durch den Streik nicht direkt berührt werden, die schon früher arbeitslos waren. Denn man muß ja alles aufbieten, um den Ersatz der Streikenden zu verhindern. Und um den Arbeitsmarkt zu entlasten, dazu ist ja auch die Reiseunterstützung da. Entkleidet man so die gewerkschaftliche Frage der Arbeitslosenunterstützung aller Nebenumstände und alles ideologischen Aufputzes, dann läßt sie sich in folgende Fassung bringen: ist es für die gewerkschaftliche Organisation von Nutzen, auch außerhalb des Streiks ihre arbeitslosen und am Orte verbleibenden Mitglieder zu unterstützen und zu diesem Zweck entsprechend hohe Beiträge zu erheben? Es ist eine rein taktische Frage und keine prinzipielle.

Es ist klar, daß in den Berufen, in denen die Arbeitslosigkeit mit der Regelmäßigkeit der Jahreszeit sich einstellt und das ganze Gewerbe erfaßt, nicht nur die Möglichkeit, sondern auch der gewerkschaftliche Zweck der Arbeitslosen-Unterstützung fehlt. Wenn z. B. im Winter die Arbeit im Baugewerbe ruht, so giebt es ja während dieser Zeit auch keine Lohnkämpfe. Wollte man nun hier die Arbeitslosen unterstützen, so würde man während des Winters die Kassen bis auf die letzte Neige leeren. Kommt dann der Frühling, so ist man für die bevorstehenden Streiks aller Mittel entblößt. Statt dem Gewerkschaftskampf zu nützen, schadet man ihm also vielmehr dadurch, und statt die Organisation zu stärken, schwächt man sie. Das ist so offenkundig, daß sich auch niemand im Baugewerbe in derlei Experimente einläßt. Aehnlich liegen aber die Verhältnisse in vielen anderen Berufszweigen.

Es kommen aber nicht bloß die Saisonarbeiten in Betracht, sondern der Nutzen der Arbeitslosenunterstützung hängt überhaupt von folgenden Umständen ab: inwiefern die Arbeitslosigkeit als Regel und allgemein, oder bloß lokal und zufällig auftritt? inwiefern die Konkurrenz der verwandten Berufe, der ungelernten Arbeiter, der Hausindustrie sich geltend macht? inwiefern erlauben die Lohnverhältnisse die Zahlung großer Beiträge? Wo diese Bedingungen am meisten zutreffen, da hat auch die Arbeitslosen-Unterstützung ihre besten Erfolge. Es sind meistens Gewerbe, die ein abgeschlossenes Gebiet für sich bilden und der Unorganisierten Konkurrenz von auswärts am wenigsten zu befürchten haben. So die englischen Maschinenbauer, die deutschen Buchdrucker, Bildhauer, Porzellanarbeiter 2c.

Und auch dort, wo die Arbeitslosen-Unterstützung sich be

Eine Bekehrung.

Roman von **Georges Renard.**

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

65 [Nachdruck verboten.]

Am 22. September. — Der große Tag ist vorüber. Er soll über das Schicksal Frankreichs für vier Jahre entscheiden, und in drei- bis vierhundert Fällenn werden die Wahlen — hier vielleicht ein bißchen mehr, dort ein bißchen weniger — ebenso unverfälscht ausfallen wie bei uns.

Ich habe den ganzen Kreis bereist und hier und da einige Episoden gesammelt.

In Amboise ist ein Hospiz für Greise. Viele von ihnen sind schwach, von Schmerzen gepeinigt oder kindisch geworden. Mehrere Leute Maheus warteten am Ausgang auf diese menschlichen Ruinen. Sie wurden unter den Arm genommen, in einen Wagen gesetzt und bekamen ein Trinkgeld. Dann wurde ihnen ein Stimmzettel in die Hand gedrückt, und nun vorwärts marsch! Bis in den Saal gab man ihnen das Geleit, und so enthielt die Urne einige Zettel mehr auf den Namen des Herrn von Serenoize.

Ich bemerke Maheu in Person. Er hat eine Art Bureau oder Comptoir in einem kleinen Café. Viele der sehr ehrenwerten Wähler kommen hierher, um sich ihre Karte abzuholen. Sie erhalten fünf Franks und einen Stimmzettel. Man geleitet sie bis zur Urne, um sich zu vergewissern, daß sie unterwegs keinen andern Zettel nehmen. Dann kommen sie mit ihrer durchlochten Karte, die bezeugt, daß sie gestimmt haben, zurück und erhalten nochmals fünf Franks. Meine gestrige Berechnung war demnach falsch. Ein Wählergewissen kostet 10 Franks. Ich hatte also den Wert meiner Mitbürger um die Hälfte unterschätzt, und bitte sie nun demütigst um Verzeihung deswegen.

In der Fabrik führt Dreisch den Vorsitz, wie ich es vorhergesehen hatte. Alle, die ihm verdächtig scheinen, läßt er nicht aus den Augen, gerade wie früher in den Zeiten der Kommune, wenn er sagte: „Ergreift die Leute dort!" Aber sein Gesicht hellt sich allmählich auf. Alle Arbeiter sind zur Wahl gekommen, und wenn er die Zettel leicht durch die Finger gleiten läßt, bevor er sie in die Urne versenkt, glaubt er auf dem Papier das unmerkliche Kennzeichen zu entdecken, das seine kleine Arbeit verrät.

Im Dorfe sind der Kutscher und der Hausdiener den ganzen Tag über auf dem Posten, der eine am Eingang, der andere am Ausgang der Mairie. Der mußte schon sehr geschickt sein, der sich ihrer Kontrolle entziehen wollte. Jeder mußte, er mochte wollen oder nicht, einen Stimmzettel für Herrn von Serenoize nehmen. Wie sollten sie es dann aufstellen, um ihn fortzuwerfen oder durch einen andern zu ersetzen? Das nennt man geheime Wahl! In allen Dörfern der Umgegend findet eine ähnliche Ueberwachung statt. So sind denn alle strategischen Maßnahmen getroffen, und Maheu wird sein Geld nicht ganz gestohlen haben.

Die ersten Resultate treffen ein. Sie sind ausgezeichnet. Im Dorfe sind 215 Stimmen für Herrn v. Serenoize, nur 3 für Philippeaux und 0 für den Sozialisten abgegeben worden. Man forscht jetzt nach, wer die drei Abtrünnigen gewesen sein können. Der Kutscher und der Hausdiener geben als solche übereinstimmend zwei Kaufleute und einen Tagelöhner an, die mit vorher zurecht gemachten Stimmzetteln zur Wahl gekommen waren. Eine verräterische Vorsicht, für die sie verdientermaßen bestraft werden sollen. Allen Leuten im Schlosse wird verboten, ferner noch irgend etwas bei den beiden Kaufleuten zu kaufen, und der Tagelöhner kann lange warten, ehe Herr v. Serenoize ihm wieder Arbeit gibt.

Die benachbarten Dörfer haben auch gut gestimmt. Nur scheint die Popularität des Herrn v. Serenoize in demselben Maße abzunehmen, als die Entfernung wächst. Je weiter die Gemeinden von seinem Aktionszentrum entfernt sind, desto weniger Stimmen erhält er in ihnen.

Die Resultate aus der Fabrik ließen etwas auf sich warten. Endlich erschien Dreisch sehr verlegen. Die Stimmen setzten sich hier so zusammen:

De Serenoize 155,
Philippeaux 35,
Jacqeus Denis 210.

„Ein wahres Sozialistennest also, noch dazu voll heimlicher Sozialisten, die ihren Streich ganz im stillen vorbereitet haben! Dreisch kann sich nicht genug darüber wundern. Wenn man die Schuldigen wenigstens noch herausfinden könnte! — „Ihr müßt sie doch kennen, Ihr!" ruft der Patron voll Wut.

Und Dreisch sieht sich gezwungen, kleinlaut zu antworten: „Ach nein, Herr, an mir liegt es nicht. Sollten Sie es für möglich halten, daß diese vermaledeiten Arbeiter die Namen ihrer Stimmzettel auch mit Tinte nachgezogen hatten!"

Trotz dieses Aergers hat Herr von Serenoize um Mitternacht einen Vorsprung von 1000 Stimmen vor Philippeaux, dem einzigen Konkurrenten, den er wirklich fürchtete. Er fängt bereits an, bescheiden zu triumphieren. Nichtsdestoweniger glaubt er am besten zu thun, wenn er den Champagner, den er für den Fall des Sieges versprochen hat, zu morgen aufhebt.

Am 23. September. — Der Champagner wird nicht aus dem Keller geholt werden. Philippeaux ist in dem Wettlaufen um das Mandat als erster am Ziel angelangt. Er hat 6310 Stimmen, Herr von Serenoize nur 4520. Jacques Denis hat es auf 730 Stimmen gebracht. Also nicht einmal Stichwahl! Das bedeutet eine vollständige, nicht wieder gut zu machende Niederlage. Maheu wälzt jede Verantwortung dafür energisch von sich ab. „Wir sind die Opfer," sagte er mit tragischer Miene, „eines in letzter Stunde ausgeführten Manövers, eines Verrats. Man hat uns unsere Leute abtrünnig gemacht. In zwanzig Ortschaften, da, wo ich nicht war, hat man hinterlistiger Weise fünfzehn Franks angeboten, während wir nur zehn Franks bezahlten. So hat man uns mit dem Gewicht eines unerwarteten Uebergebotes erdrückt. Man hat uns mit Banknoten erstickt. Aber wir sind nur der Gewalt gewichen, und Herr Philippeaux wird ein hübsches Loch in seiner Kasse haben."

So tröstet sich ein Feldherr über eine verlorene Schlacht mit dem Gedanken an die Verluste, die der Feind erlitten und mit dem Bewußtsein, seine Pflicht erfüllt zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

währt, ist ihr Wert verschieden je nach den Verhältnissen des gewerkschaftlichen Kampfes. Zur Zeit des industriellen Aufschwungs, bei steigendem Bedarf an Arbeitskräften, da sind die Gewerkschaften in den Stand gesetzt, eine Angriffspolitik zu betreiben, und, wenn auch die statutarische Arbeitslosen-Unterstützung dabei gute Dienste leistet, so fällt sie doch zu diesen Zeiten, wo Arbeiter gesucht werden, nicht sehr ins Gewicht. Zur Zeit der akuten Krise wieder, da giebt es eine unaufhaltsame Flut von Arbeitslosen, und die meisten Kassen werden dadurch gesprengt. Der Nutzen der Arbeitslosen-Unterstützung zeigt sich hauptsächlich während der wirtschaftlichen Depression. Das ist jener Zustand, wo die Fabriken nicht zum plötzlichen Ruin kommen, aber auch nur mühsam fortvegetieren, mit reduziertem Personal arbeiten, auf Bestellungen lauern, wie der Strauchdieb auf die Reisenden, bald einen kleinen Aufschwung erleben und Arbeiter an sich heranziehen, bald aber sie wieder zurückstoßen, wo kein Arbeiter sicher ist, ob er nicht morgen auf die Straße kommt, aber andererseits der Arbeitslose immerhin hoffen kann, Beschäftigung zu finden. Unter solchen Umständen ist es thatsächlich die Arbeitslosen-Unterstützung, die den Organisationen das Rückgrat stärkt. Ohne die Unterstützung würden die Arbeitslosen in das tiefste Elend versinken und dadurch die größte Gefahr bilden für die Organisation, für den gewerkschaftlichen Kampf. So aber hilft man ihnen über das Schlimmste hinweg, bis sie, da es sich ja nicht um die akute Krise handelt, über kurz oder lang Arbeit finden, und kommt auch gleich von anderer Seite ein Trupp Arbeitsloser, so sind doch wenigstens die ersten bereits untergebracht.

Eine schwierige Aufgabe ist das freilich auf jeden Fall, und es kommt sehr an auf die Stärke der Organisation, ihren Umfang und Kassenbestand. Das führt uns aber gerade zu dem springenden Punkt der ganzen Frage, und der ist, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung einen stabileren Zustand, eine konstante, mehr gleichmäßige Entwickelung der Organisation schafft. Kurz, sie ist ein vorzügliches Organisationsmittel, weil die Arbeiter in ihr einen handgreiflichen und mehr beständigen Nutzen erblicken. Die Erfahrung beweist auch, daß die Gewerkschaften, in denen die Arbeitslosen-Unterstützung anwendbar ist, ein regelmäßigeres Wachstum und die stärksten Kassen aufweisen.

So hat die Arbeitslosen-Unterstützung als gewerkschaftliches Kampfesmittel ihre bestimmte Anwendbarkeit, aber auch ihren bestimmten Geltungsbereich. Und ihr Nutzen, wie der jeder Kampfeswaffe, hängt von der Art ab, wie man sie anwendet, von der allgemeinen Lage und von dem Zustande der Gewerkschaften.

Schält man aber die Arbeitslosen-Unterstützung aus ihrer Stellung im gewerkschaftlichen Kampf heraus und sucht man ihr eine selbstständige soziale Bedeutung beizulegen, so führt das zu dem größten Widersinn, zu der verrücktesten sozialpolitischen Kurpfuscherei. Es ist eine ganz andere Frage, die da aufgerollt wird. Es ist die Frage: woher kommt die Arbeitslosigkeit und wie ist sie zu beseitigen? Damit haben aber die Gewerkschaften nichts zu thun. Für sie handelt es sich nur um die Thatsache der Arbeitslosigkeit selbst, um die Gefahren, die daraus der Organisation und dem gewerkschaftlichen Kampfe erwachsen, und um die Mittel, diesen Gefahren, den demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit, zu begegnen. Das ist alles! Deshalb braucht man noch keineswegs dem kindischen Traum nachzugehen, die Arbeitslosigkeit, d. h. die kapitalistische Reservearmee von Arbeitern, ohne die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen.

Was soll man denn von der staatlichen Arbeitslosenversicherung sagen? Es ist ein schnurriger Gedanke, wie er nur dem kleinbürgerlichen Unverstand der kapitalistischen Verhältnisse entspringen kann. Hat doch das deutsche Reich bereits mit der schäbigen Alters- und Invaliditätsunterstützung ein klägliches Fiasko erlitten. Es werden jährlich ca. 50 Millionen Mark von den Arbeitern erhoben, ebenso viel von den Unternehmern, mehrere Millionen zahlt das Reich jährlich hinzu — und was ist das Resultat? Eine Durchschnittsrente von 120 Mark, 10 Mark im Monat. Für die Arbeitslosen müßte man eine mindestens viermal so große Unterstützung gewähren, und nun vergleiche man erst die Zahl der Arbeitslosen mit der Zahl der Invaliden und der über 70 Jahre alten Greise! Das ist nur ein kleiner praktischer Ausblick auf die Kosten. Theoretisch läßt sich hier ein abgrundtiefes Chaos von Widersprüchen aufweisen. Wir verspüren aber keine Lust, nach Seifenblasen aus Kanonen zu schießen.

Wie mit der Arbeitslosen-Unterstützung, so steht es auch mit den Arbeits-Nachweisen, den Einigungsämtern ꝛc. Sie haben nur einen Sinn und eine Bedeutung, wenn sie von Arbeiterorganisationen im gewerkschaftlichen Kampf ausgenützt werden. Speziell bei den Einigungsämtern kommt es vor allem darauf an, daß die Gewerkschaften darin als eine Macht auftreten, die ihre Forderungen, wenn nötig, durch einen Streik wirksam unterstützen können. Als selbständige „sozialreformerische" Einrichtungen friedliebender Bourgeois sind sie der widerwärtigste heuchlerische Humbug.

So reduziert sich denn alles auf die Arbeitseinstellung, die allein jede einzelne gewerkschaftliche Handlung beseelt, ihr einen Sinn und eine Kraft verleiht. Ohne Streiks keine Gewerkschaftsbewegung! Nun sagt man aber, die Entwickelung der Großindustrie und die kapitalistischen Kartelle bereiten den Streiks fast unüberwindbare Hindernisse. Und das ist der wichtigste Einwand, der gegen die Gewerkschaftsbewegung gemacht wird. Er muß deshalb besonders untersucht werden.

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 17. Juni.

— **Zum Margarinegesetz** hat die Vereinigung deutscher Margarinefabrikanten eine erneute Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der sie sich gegen die in zweiter Lesung gefaßten Beschlüsse wendet. Es wird darin mit Recht ausgeführt, daß das Färbeverbot, da nur das Färben von Margarine, nicht aber das der Butter verboten sein soll, offenbar bezwecke, dem Konsumenten den Genuß der Margarinefabrikate zu verekeln. Weiter wird dann auf die Unmöglichkeit hingewiesen, daß die Organe der Exekutivpolizei, denen doch, wie die Dinge liegen, die Aufsicht über den Fabrikationsbetrieb der Margarineindustrie, ebenso wie die über den Verkauf, der Regel nach zufallen würde, die technische Frage entscheiden können, ob eine Manipulation gegen das Färbeverbot verstößt oder ob eine zum Verkauf gestellte Ware gefärbt ist oder von Natur eine der Butter ähnliche Färbung hat. Zum Schluß wird betont, daß das Verbot des Feilbietens von Butter und Margarine in denselben Räumen das Aufkommen der großen Spezialgeschäfte begünstigen, also gerade den „Mittelstand" in schwerer Weise schädigen würde.

Da die Regierung dem Färbeverbot und der Trennung der Verkaufsräume widerspricht, haben die Agrarier so ziemlich die Hoffnung auf einen für sie günstigen Ausgang verloren. Ohne das Verbot der Färbung ist das Gesetz, so verkündet die „Korrespondenz des Bundes", für die Landwirtschaft wertlos. Da wäre nur zu wünschen, daß ihre Gesinnungsfreunde gegen das Gesetz stimmten.

Deutsches Reich.

Berlin, 17. Juni. Das Abgeordnetenhaus setzte am Dienstag zunächst die Beratung über den freikonservativen Antrag, betr. Aufhebung der Verordnung des Bundesrats über den Betrieb in Bäckereien und Konditoreien fort. Abg. Möller (nl.) verwahrte sich gegen den vom Minister erhobenen Vorwurf, als ständen diejenigen, die diesen Antrag eingebracht haben, nicht mehr auf dem Boden der sozialen Gesetzgebung. Seine Freunde würden dem Antrag zustimmen, um ihrem Mißmut darüber Ausdruck zu geben, daß die Kommission für Arbeiterstatistik ihre Befugnisse überschritten habe. Für den Antrag sprachen auch die Abgg. Brütt (freik.), der konservative v. Brockhausen, der hauptsächlich juristische Bedenken zur Sprache brachte, und der konservative Abg. Schall. Für die Verordnung traten die Zentrumsabgeordneten Stötzel, Dr. Bachem und der von den Konservativen abgewimmelte Abg. Stöcker ein. Abg. Stöcker ist zu der Meinung gekommen, daß die Sozialdemokratie durch die soziale Gesetzgebung allerdings nicht kleiner, wohl aber zahmer geworden sei. An die Stelle der Drohung sei ein thätiges Mitarbeiten im Parlamente getreten. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Hierauf erledigte das Haus den Gesetzentwurf betr. Abänderung von Amtsgerichtsbezirken endgiltig und trat sodann in die Beratung der Interpellation Graf Kanitz, betr. Vergebung staatlicher Kohlenlieferungen an das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat ein. Nachdem Graf Kanitz die Interpellation begründet hatte, gab Geheimrat Brefeld im Namen des Eisenbahnministers die Erklärung ab, daß die Eisenbahnverwaltung für ihren Bedarf an Kohlen durchaus angemessene Preise zahle, und daß sie einer übermäßigen Forderung entschieden sich widersetzen würde. Eine Besprechung der Interpellation fand nicht statt, da der bezügliche Antrag nicht die nötige Unterstützung fand. Mittwoch kleinere Vorlagen, Petitionen und Denkschrift über das Kommunalabgabengesetz.

— Sittlichkeitstriefende Börsenwölfe. Hatte schon Genosse Singer gelegentlich der dritten Beratung des Börsengesetzes in der Reichstags-Sitzung vom 5. d. M. darauf hingewiesen, daß den Aufsichtsräten vieler Aktiengesellschaften Personen als Mitglieder angehören, die sonst bei jeder sich darbietenden Gelegenheit auf die Börse als eine Stätte der Unmoralität wettern, auch im übrigen im Kampfe für „Religion, Ordnung und Sitte" in vorderster Reihe stehen, so ist es für unsere Leser vielleicht nicht uninteressant, einiges über die „Thätigkeit" und die Einnahmen — im Börsenjargon „Tantièmen" benamset — von Aufsichtsratsmitgliedern zu vernehmen. Genosse Singer hatte in jener Sitzung behauptet, daß Herr v. Kardorff als Mitglied des Aufsichtsrats der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhütten-Betrieb ein Jahreseinkommen von 20 000 Mk. beziehe. Herr v. Plötz, der Getreidespekulant en miniature, welcher nach Singer das Wort nahm, bestritt zwar letztere Angabe, doch hat Herr v. Kardorff durch sein bisheriges Schweigen die Richtigkeit der vom Genossen Singer behaupteten Thatsache zugestanden. Den gleichen Betrag wie Herr v. Kardorff haben u. a. auch die Herren Graf Guido Henckel von Donnersmarck, Heinrich Prinz Schönaich-Carolath und Kammerherr v. Helldorff. Personen, von denen einige bei jeder Gelegenheit einen Entrüstungsrummel gegen die „verjudete" Börse inszenieren.

In welcher Weise übrigens Aufsichtsräte honoriert werden, ergiebt sich aus nachstehender Tabelle. Wir haben die fünf größten Banken Berlins und die zwei größten hiesigen industriellen Betriebe für unsere Zusammenstellung herausgegriffen. Es ergiebt sich da folgendes Bild:

	Zahl der Aufsichtsräte	Gezahlte Tantièmen pro 1895 Mk.	Anteil jedes Mitgliedes pro Jahr Mk.	Anteil jedes Mitgliedes pro Monat Mk.
Deutsche Bank	18	583 523	32 418	2702
Darmstädter Bank	14	350 254	25 018	2085
Berliner Handelsgesellschaft	13	290 250	23 020	1918
Diskonto-Gesellschaft	17	378 596	22 270	1856
Dresdener Bank	20	397 070	19 854	1655
Große Berliner Pferdebahn	6	102 882	17 147	1429
Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft	9	110 000	12 222	1018

Wie unsere Leser ersehen, beziehen die Aufsichtsräte der Deutschen Bank das erheblichste Einkommen, nämlich 32 418 Mk. pro Jahr oder 2702 Mk. pro Monat, und dafür haben diese Herren — zu denselben zählen u. a. auch der frühere nationalliberale Abgeordnete Büsing und der königliche Eisenbahndirektions-Präsident a. D. Paul Jonas — das schwere Opfer zu bringen, sich allmonatlich einmal „zu löblichem Thun" auf mehrere Stunden zu versammeln. Der dem Aufsichtsrat der Berliner Handelsgesellschaft als Mitglied angehörende Staatsminister a. D. v. Hofmann muß schon für etwas bescheideneren Sold seine „anstrengende Thätigkeit" verrichten; dieser Herr bezog pro 1895 nur 1918 Mk. pro Monat, während Freiherr v. Eckardtstein und Dr. Herzog, Staatssekretär a. D., in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsräte der Diskonto-Gesellschaft es im Vorjahre nur auf 1856 Mk. pro Monat brachten und der Wirkliche Geheimrat von Tschirschky und Bögendorf, Exzellenz, in Dresden als Mitglied des Aufsichtsrats der Dresdener Bank „nur" die „Bagatelle" von 1655 Mark pro Monat bezog und zwar als Aequivalent für eine vielleicht zwei- bis dreistündige „Arbeit". Ob der Herr Major a. D. Duncker bei seinem Einkommen von 1429 Mk. pro Monat als Aufsichtsrat der Großen Berliner Pferdebahn noch Zeit gewinnt, über die jammervolle Entlohnung und brutale Ausbeutung der Kutscher, Schaffner und Stallleute nachzusinnen, wagen wir kaum zu behaupten.

Aus obiger Tabelle und deren Besprechung erhellt zur genüge, wie trefflich diese Herren, die stets über die „Begehrlichkeit" der Arbeiter keifen, wenn letztere ihre erbärmliche Lage durch Lohnerhöhung um einige winzige Mark pro Woche verbessern wollen, es verstehen, ihre Taschen zu füllen.

— Einen neuen Erfolg haben die Agrarier zu verzeichnen; die Regierung will nun auch die Schweineeinfuhr aus Rußland nach Oberschlesien hermetisch absperren, nachdem eine derartige Forderung von den Agrariern im Landtage und in ihrer Presse wiederholt erhoben worden ist. In Oberschlesien konnte man bisher das russische Schwein absolut nicht entbehren, weil die dortige zahlreiche Industriebevölkerung sich größtenteils von Schweinefleisch nährt, soweit überhaupt Fleisch dabei in Frage kommt, und die benachbarte Landwirtschaft nicht im Stande war, den erforderlichen Bedarf aufzubringen. Deshalb mußte die Regierung notgedrungen vom Einfuhrverbot eine Ausnahme gestatten, und sie that das in der Weise, daß sie einer bestimmten Anzahl des beliebten Borstenviehs allwöchentlich den Uebertritt über die deutsche Grenze gestattete. Diese Erlaubnis soll zurückgezogen werden. Man hat bisher nicht gehört, daß die für die Einfuhr getroffenen Vorsichtsmaßregeln nicht ausgereicht und die Weiterverbreitung einer Seuche durch die russischen Gäste verursacht worden wäre. Das Verbot charakterisiert sich also als eine rein agrarische Maßregel. Führt es — wie es leicht möglich ist — zu einer Verteuerung des Schweinefleisches, so hat die arme Fabrikbevölkerung den Nachteil zu tragen, und sie wird neuerdings erfahren, mit wie zwiespältiger Liebe der Staat seine Kinder umfaßt. Wenn zur „Begründung" des Verbotes das Sinken der Schweinepreise angeführt wird — was thatsächlich richtig ist — so muß darauf hingewiesen werden, daß dem Konsumenten derartige Preisschwankungen grade beim Vieh erst sehr spät zu Gute kommen. Es schieben sich zwischen Produzent und Konsument einige Ringe, besonders die Händler und Innungen, die, unterstützt durch den neuzeitlichen Schlachthauszwang, der sanitär sehr wohlthätig wirkt, die Preise auf der alten Höhe zu halten suchen. Niedrige Viehpreise eröffnen grade in dieser Richtung der landwirtschaftlichen Selbstthätigkeit ein gutes Feld, das anzubauen nützlicher ist, als den „Gegensatz" zwischen Stadt und Land zu schüren.

Im Herrenhause war am 13. Mai vom Grafen Udo zu Stolberg ein Antrag eingebracht worden, die Einfuhr lebender russischer Schweine nach Oberschlesien zu untersagen und für die inländische Schweinezufuhr nach Oberschlesien ermäßigte Frachtsätze eintreten zu lassen. Die Regierung kommt also diesem Herrenhausantrag, der erst für den 18. Juni zur Verhandlung steht, schon zuvor. Mehr können die Agrarier nicht verlangen in Nichtberücksichtigung der Interessen der oberschlesischen Arbeiterbevölkerung an billigem Schweinefleisch.

Köln, 14. Juni. In dem Münterbeleidigungs-Prozeß, welcher gegen den Redakteur der „Rheinischen Zeitung", Genosse Hofrichter, schwebt und dessen Verhandlung schon zweimal vertagt wurde, ist Termin auf den 19. Juni angesetzt worden.

Pforzheim, 15. Juni. Bei der Stadtverordnetenwahl errangen wir einen glänzenden Sieg. Alle 16 von unserer Partei aufgestellten Kandidaten wurden gewählt, gegen den ganzen Ordnungsbrei.

Aus dem Auslande.

Oesterreich-Ungarn. Bei Beratung der Zuckersteuer-Novelle im österreichischen Abgeordnetenhause operieren die Freunde der Steuer- und Prämienerhöhung mit genau denselben Argumenten, die wir auch im deutschen Reichstage zum Ueberdruß haben hören müssen. Besonders that sich am Sonnabend der Finanzminister v. Bilinski mit einer großen Rede über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zuckerindustrie hervor. Er konstatierte, die Rohproduktion sei von 27 Millionen Meterzentnern im Jahre 1850/51 auf 71 Millionen im Jahre 1892/93 gestiegen. Sie erstrecke sich auf ein Areal von 286 000 Hektar und beschäftige 68 000 Arbeiter. Die Entwicklung der Zuckerindustrie sei auch für die Staatsbahn von Bedeutung. Die Regierung könne sich nicht dem Vorwurfe aussetzen, durch passive Haltung so wichtige Zweige der Volkswirtschaft zu ruinieren. Die heutige Steuer sei auf die Dauer nicht haltbar. Im nächsten Jahre hoffe er, im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung ein rationelleres Gesetz vorlegen zu können. Die Regierung werde sich nicht passiv verhalten können, sondern im Laufe des Jahres Stellung nehmen müssen. Er hoffe auf ein Entgegenkommen der Interessenten. Nach Ablauf des provisorischen Jahres werde die Regierung Vorschläge über das Kartellwesen speziell bei der Zuckersteuerreform machen.

Der Herr Finanzminister muß sich dafür eine derbe Abfertigung in unserem Wiener Parteiblatt gefallen lassen. Dasselbe zieht aus der Rede einen entgegengesetzten Schluß wie der Minister und fragt:

„Wenn sich die Zuckerindustrie seit dreißig Jahren so riesenhaft entwickelte, einen so kolossalen Umfang erreicht hat: ist das vielleicht ein Beweis, daß das Geschäft nicht rentabel war? Wenn etwas, so beweist der Aufschwung der Zuckerindustrie, daß die Zuckerfabrikanten große Profite machen, denn aus reiner Sympathie für die Handelsbilanz gründet kein Mensch Zuckerfabriken. Der Finanzminister wagte es sogar, an die Arbeiter zu erinnern, die in den Zuckerfabriken beschäftigt sind. Er thäte gut, davon zu schweigen. Die bleichen Krüppel, die von den Ausbeutern mit den niederträchtigsten Hungerlöhnen abgefertigt werden, während diese selbst Millionen aufstapeln, sind wahrhaftig ein ausgezeichnetes Argument, um den Nutzen der Zuckerindustrie zu beweisen. Herr v. Bilinski macht viele Worte, die sich um den Kern der Frage herumschleichen wie die Katze um den Brei, aber er berührt gar nicht den Punkt, um den es sich handelt: ob die Erhöhung der Prämien notwendig ist, um den unverminderten Betrieb der Zuckerfabriken zu verbürgen. Kein vernünftiger Mensch wird sich einreden lassen, daß an diesen vier Millionen der österreichische Zuckerexport hängt. Kein Lot Zucker würde weniger exportiert, kein Acker weniger bebaut werden. Die Vertreter der böhmischen Zuckerfabriken, das sind die Abgeordneten

aus Böhmen, möchten die Sache so darstellen, daß ohne die vier Millionen die Fabriken ihre Schlote verlöschen, die Bauern ihre Rüben nicht verkaufen, die Arbeiter ohne Arbeit bleiben werden die Kohle nicht verbraucht würde, kurz, daß dann der jüngste Tag anbräche. Wer wird diese dummen Lügen und Aufschneidereien glauben? Gar nichts würde entstehen, als daß die Zuckerbarone von ihrem Profit vierzig Kreuzer hergeben müßten. Was wird die Wirkung der Vorlage sein? Wird wirklich die Erhöhung der Prämie eintreten, von der angeblich die Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Zuckers am Weltmarkt abhängt? Gewiß nicht; die Vorlage wird vielmehr die Erzeugung so steigern, daß das Kontingent der Ausfuhrprämien um so viel überschritten werden wird, als man es jetzt erhöht. Nehmen wir an, das Parlament würde die Vorlage nicht beschließen. Glaubt jemand, die Unternehmer werden die Fabriken zusperren, und die Rüben werden den Bauern am Halse bleiben? Wenn die Versicherung des Gesetzentwurfes, daß er nur für ein Jahr geplant ist, nicht eine Lüge ist, ersonnen, um die öffentliche Entrüstung zu beschwichtigen: was kann sich denn in einem Jahre ändern? Nichts; die vier Millionen sind und bleiben ein Tribut an die mächtigen Zuckerherren."

Italien. Zur Lage in Abessinien teilt der „Esercito" mit, der König werde am Donnerstag ein Dekret unterzeichnen, welches den Kriegszustand in Erythrea für beendet erklärt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 17. Juni.

— **Mit der Anstalt Bethel** hatten wir uns das letzte Mal bei Gelegenheit einer seitens dort angestellter Arbeiter versuchter Lohnaufbesserung beschäftigt, welche es aber kaum bis zu einem Versuch brachte und mit der energischen Entlassung des einen Arbeiters, in welchem der Aufseher Richter den „Rädelsführer" vermutete, geendet hatte. Wir bekamen damals ein Schreiben von Herrn v. Bodelschwingh, in welchem die von uns angeführten Thatsachen im Wesentlichen zugegeben und nur in einem anderen, nämlich in einem rosigen Lichte dargestellt wurden. Wir hatten geschrieben, daß ein Tagelohn von 1,80 Mk. ein Hungerlohn ist, Herr v. Bodelschwingh nannte denselben eine Wohlthat. Als Grund wird angegeben, daß „noch niemals eine Klage seitens der Arbeiter gekommen, vielmehr drängte sich unablässig die zwei- und dreifach größere Zahl zu, die gern dafür arbeiten möchte." Genau denselben Grund geben bekanntlich sehr oft die Kapitalisten in den Betrieben an, in welchen die menschliche Arbeitskraft auf das Schamloseste ausgebeutet wird. Es ist keine gute Gesellschaft, in welche Herr v. Bodelschwingh hierbei durch sein Bestreben, die Praktiken seiner Angestellten zu verteidigen, geraten ist. Das kommt aber davon, daß ihm jeder Maßstab für die Brauchbarkeit und Tüchtigkeit derselben verloren gegangen ist, indem es auf der Anstalt Bethel nur danach geht, wer das frömmste Gesicht machen kann. Daher auch die Schlappe, welche sich die Anstalt Bethel jüngst in Bremen geholt hat.

Der Hausvater Gustav Reichelt von Wilhelmshütte ist es, von welchem wir heute etwas zu erzählen haben. Vorigen Sonntag Vormittag gingen zwei dortige Pensionäre nach Bielefeld, der Hausvater war schon vorher fortgegangen, daher versäumten sie es, den Bruder Brinkhoff um Erlaubnis zu fragen. Als sie nun abends gegen 9 Uhr wieder nach Wilhelmshütte zurückgekehrt waren und das übliche Abendbrot zu sich nehmen wollten, verweigerte ihnen dies der Hausvater und sagte ihnen: „Packt eure Sachen und schert euch sofort weg, noch heute Abend." Und wirklich, die beiden jungen Leute mußten fort, in die Nacht hinein, ohne Geld, ohne Essen, ohne Unterkunft.

Als am Dienstag Herr von Bodelschwingh von einem Freunde der beiden Herren über den Vorfall in Kenntnis gesetzt wurde, hatte ihm der Hausvater Reichelt noch keine Meldung hiervon gemacht. Auf telephonische Anfrage hat dann der Hausvater Reichelt den Vorgang ganz anders dargestellt, insbesondere es abgeleugnet, daß er die beiden Pensionäre fortgewiesen habe. Allein es sind Zeugen dafür vorhanden. Und verhält sich die Sache so, wie wir sie nach den Angaben unseres Gewährsmannes geschildert haben, dann haben wir für die Handlungsweise des Hausvaters nur das eine Wort: unverantwortlich.

— **Versprechen und halten steht fein bei Jungen und Alten.** In Erwiderung auf die Berichtigung des Herrn Malermeisters Ronsiek ist uns das Schriftstück vorgelegt worden, in welchem er sich verpflichtet, die Forderungen der Malergehilfen anzuerkennen. Es ist dies das gedruckte Anschreiben der Lohnkommission der Maler, in welchem die 9½stündige Arbeitszeit gefordert wird bei einem Mindestlohn von 35 Pfg. Darunter steht dann noch:

> Dies unterschreibe ich mit der Bedingung, daß meine Gehilfen weiterarbeiten können und dadurch für dieselben der Streik hinfällig wird. Dafür verspreche ich, keine Gehilfen an andere Malermeister abzugeben, auch keine Arbeiten im Auftrage anderer Malermeister anfertigen lasse.

Unterschrieben ist dies Schriftstück unter anderen auch von W. Ronsiek, Maler. Wie das nun mit der Behauptung des Herrn Ronsiek, daß er besondere Versprechungen damals nicht gemacht hat, in Einklang zu bringen ist, haben wir nicht ergründen können. Wir müssen die Lösung dieser schweren Aufgabe Herrn Ronsiek überlassen.

— **In die amtliche Milchkontrolle,** welche wir heute veröffentlichen, muß sich ein Versehen eingeschlichen haben. Die Milch des Meiers zu Heepen in Heepen soll 7 Proz. Fettgehalt haben. Nun hat aber Kuhmilch höchstens 4,5 Prozent Fettgehalt. Es ist zu erwarten, daß amtlicher Seits eine Aufklärung über den Irrtum erfolgt, ob hier ein Schreib- oder Druckfehler vorliegt. So wie es da steht, kann es nicht richtig sein.

— **Unsere gestrige Angabe,** daß der pp. Fillies noch nicht Teilhaber der Firma Steinrück u. Kröger gewesen sei, beruht auf Irrtum; derselbe ist vielmehr seit dem 14. März d. Js. als Teilhaber in das Handelsregister eingetragen.

+ **Ummeln,** 17. Juni. Unendliche Male ist in den Zeitungen gewarnt worden, mit Feuerwaffen nicht zu spielen. Ungeachtet aller Warnungen aber kommen alljährlich noch so viel Unglücksfälle vor. So ist auch unser Ort die Stätte unverantwortlichen Leichtsinns geworden, durch welche zwei Familien in Trauer versetzt worden sind. Der 18jährige Bleichereiarbeiter Wilhelm Beiderbeck erschoß am gestrigen Tage den bei ihm sich aufhaltenden Freund Heinrich Schröder. Der Schuß traf den Unglücklichen an der linken Kopfseite in der Nähe der Schläfe. Ueber die näheren Umstände dieses traurigen Vorkommnisses erfahren wir folgendes: Der ältere Bruder des Wilh. Beiderbeck wollte am Sonntag Morgen eine Taube schießen und lud zu diesem Zwecke ein altes Gewehr (Vorderlader). Da er nicht zum Schuß kam, hängte er das Gewehr an die Wand, sicherte es zwar, ließ aber unbegreiflicher Weise das Zündhütchen darauf sitzen. Mittags besuchte Wilhelm B. seine vier Freunde, darunter Heinrich Schröder. Wilhelm B., der nicht ahnte, daß das Gewehr geladen war, nahm es von der Wand herab und zielte scherzweise auf seinen Freund Wilhelm Schröder, der Schuß ging los, und Schröder brach laut aufschreiend zusammen. Gestern Morgen ½7 Uhr verschied er. Wilhelm Beiderbeck wurde durch den Gendarm Emmelmann festgenommen und dem Bielefelder Landgericht zugeführt. Wäre vom älteren Bruder das Gewehr entladen worden, so hätte das Unglück nicht passieren können. Unsere Landleute aber können sich nicht daran gewöhnen, ihr Gewehr zu entladen. Während der Jagdzeit kann man dies täglich beobachten, und dagegen nutzt auch alles reden nichts.

Herford, 16. Juni. Streik bei Kopka. Herr Kopka hat sein Geschäft jetzt ganz anders eingerichtet, er hat dreißig Meister auf dem Lande, die für ihn arbeiten, Herr Kopka (wir meinen den Herrn Ferdinand) sollte also eigentlich recht vergnügt sein; aber das ist er gar nicht, im Gegenteil, er ist schrecklich geärgert! Warum mag wohl Herr Ferdinand Kopka so schrecklich geärgert sein? Weil er die dreißig Meister auf dem Lande für sich zu arbeiten hat? Oder vielleicht, weil er sie gern zu arbeiten hätte und nicht hat? Wer soll das wissen! Quien sabe? fragt der Spanier. Aber das wissen wir, geärgert ist Herr Ferdinand Kopka und zwar so sehr, daß er nicht einmal die nötige Zurückhaltung zu üben versteht, sondern seinen Aerger zum Ergötzen seiner Gegner zum besten giebt. Das ging nämlich so zu:

In seinem Hause wohnt eine Frau, welche am Montag Mittag von einem der Ausständigen in Begleitung eines anderen Tischlers besucht wurde. Zufälligerweise kam Herr Ferdinand Kopka zu derselben Zeit in das Haus, sah seinen Feind dort sitzen und mit zufriedenem Gesichtsausdruck ein Gläschen Bier verzehren, das brachte seine Galle zum Ueberfließen, und er verlangte von der Frau, daß sie den ihm „lästigen Leuten" ihre Wohnung verbieten solle, andernfalls er ihr die Wohnung kündigen würde. Ei, ei, Herr Ferdinand Kopka, was für ein Aerger muß doch in Ihnen aufgespeichert sein, daß Sie so alle ihre Contenance verlieren konnten! Denn daß Sie, wenn Sie dieses kleine Scharmützel so unüberlegt beginnen würden, dabei noch viel sicherer den Kürzeren ziehen mußten, als bei dem Ausstand in Ihrer Fabrik, das hätten Sie sich bei einiger Ruhe zur Ueberlegung doch sagen müssen. Das Ende vom Liede war, daß Herr Ferdinand Kopka, nachdem der auf so freundliche Weise angefangene Wortwechsel einige Zeit gedauert hatte, wegging, ohne daß den Ausständigen die Wohnung verboten worden war.

Es kann allerdings sein, daß Herr Ferdinand Kopka noch einen anderen Grund zu seinem Auftreten gehabt hat. An demselben Montag Morgen hat nämlich ein Tischler aus Hildesheim bei ihm angefangen. Derselbe hatte aber, als er über die Sachlage von den Streikenden aufgeklärt worden war, am Mittag sein Ehrenwort gegeben, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Dieser Tischler wohnte aber in dem Kopkaschen Hause. Es kann nun wohl sein, daß es die Angst um diese eine Seele war, welche Herrn Ferdinand Kopka in seine gefährliche Erregtheit versetzte. Auf diese eine arme Seele scheint jetzt Herr Ferdinand Kopka seine ganze Hoffnung gesetzt zu haben. Er soll sogar den Versuch gemacht haben, zum Schutz derselben die Staatsgewalt in Anspruch zu nehmen. Von Herrn Ferdinand Kopkas Standpunkt aus würden wir es für ganz natürlich halten, wenn die Staatsgewalt die „Leute einlochen lassen" würde. Allein vorläufig ist diese erbauliche Beilegung von Streiks nur in Rußland Mode, und wenn Herr Ferdinand Kopka nicht nach dort auswandern will, muß er danach trachten, seinen Streik in anderer Weise zu einem vernünftigen Ende zu bringen. Heute geht die siebente Woche zu Ende, die Ausständigen halten es noch weitere 7 Wochen aus.

Zuzug von Tischlern nach Herford ist strengstens fernzuhalten.

Blotho, 13. Juni. Gefaßt. Im benachbarten Valdorf wurden heute drei Strolche dingfest gemacht, welche sich in die Häuser schlichen und in eigenartiger Weise um ein Almosen baten, indem sie nämlich bei ihrer Abweisung das Messer zückten und den erschreckten Hausbewohnern entgegenhielten. Glücklicherweise war der Gendarmwachtmeister Fleer in der Nähe, der sich denn auch bald des unheimlichen Kleeblatts bemächtigte. Die Burschen wurden aneinander gekettet dem hiesigen Gefängnis überliefert.

Soziales.

Die Verzweiflungsthat einer Mutter beschäftigte das Schwurgericht am Berliner Landgericht I in einer Anklage gegen die geschiedene Arbeiterfrau Albertine Karoline Auguste Kurzweg geb. Krüger, die des Mordes beschuldigt war. Die Angeklagte war seit dem Jahre 1891 mit dem Arbeiter August Kurzweg verheiratet; die Ehe ist durch Urteil des Landgerichts Prenzlau am 26. April 1895 geschieden worden, und zwar wurde die Angeklagte wegen Ehebruchs als der allein schuldige Teil erklärt. Nach ihrer Ehescheidung wurde sie am 25. Mai vorigen Jahres von einem Mädchen entbunden, welches den Namen Marie Albertine erhielt. Eine Hausgenossin, Frau Schnell, nahm das Kind gegen ein Monatsgeld von 18 Mark in Pflege, und die Angeklagte fand eine Stelle als Amme bei der Gräfin von der Golz in der Kantstr. 150a. Sie scheint die Verpflichtung, von ihrem Gehalt allmonatlich die größere Hälfte für den Unterhalt des Kindes hingeben zu müssen, als eine immer drückendere Last empfunden zu haben, namentlich da zum April ihre Stelle als Amme aufhören und sie alsdann als Dienstmädchen gegen geringeren Lohn weiter dienen sollte. Bei den verschiedenen Besuchen, die sie ihrem Kinde abstattete, hat sie wiederholt Aeußerungen gethan, welche bekundeten, daß sie es am liebsten sähe, wenn das Kind sterben würde. Letzteres wurde einmal recht krank, und da sagte die Angeklagte zu der Pflegemutter: „Wenn das arme Würmchen doch nur erst tot wäre!" Mit ähnlichen Worten hat sie öfter den Tod des Kindes herbeigesehnt. Am 31. Januar holte sie das Kind von der Frau Schnell ab und brachte es gegen ein Pflegegeld von 15 Mark zu einer Frau Krautwurst in Rixdorf. Am 29. Februar erhielt sie von ihrer Herrschaft Urlaub. Angeblich hatten sich ihre Eltern nun doch entschlossen, das Kind an sich zu nehmen, und sie wollte es an jenem Tage ihrem angeblich mit der Eisenbahn hier ankommenden Vater zuführen. Sie begab sich zunächst zu der Frau Krautwurst nach Rixdorf und nahm ihr das Kind ab. Die Frau wollte ihr noch Kleider mitgeben, sie erwiderte aber, es sei nicht nötig, das Kind brauche keine Kleider mehr. Dann besann sie sich und erklärte, sie wolle dem Kinde neue Kleider beschaffen. Sie ging von Frau Krautwurst ohne Zeichen der Erregung weg und kehrte abends zu ihrer Herrschaft zurück, wo sie ruhig ihre Arbeit wieder aufnahm. Am 5. März ist sie verhaftet worden. In der Nähe der Charlottenburger Freiarche war inzwischen die Leiche des Kindes im Landwehrgraben aufgefunden worden, und zwar hatte es einen Handschuh im Munde. Die Angeklagte hatte bei ihren ersten Vernehmungen dem Untersuchungsrichter Landrichter Telle zugegeben, daß sie mit dem Kinde direkt von Rixdorf aus sich nach dem Landwehrkanal begeben und dort vor Verzweiflung das Kind in das Wasser gelegt habe. Im gestrigen Termin behauptete sie, daß sie in der That geglaubt habe, ihr Vater würde an jenem Tage auf dem Bahnhofe Zoologischer Garten mit der Bahn ankommen. Ihre Hoffnung sei aber getäuscht worden. Als sie den Bahnhof verlassen, habe das Kind angefangen zu schreien, und um es zu beruhigen, habe sie ihm den Handschuh in den Mund gesteckt. Dann sei sie, vor sich hinbrütend, weiter gegangen und habe plötzlich das Wasser vor sich gesehen. Sie wisse selbst nicht, wie sie dazu gekommen sei, das Kind in das Wasser zu legen. — Frau Gräfin v. d. Golz stellt der Angeklagten das allerbeste Zeugnis aus. Sie habe sich wiederholt beklagt, daß ihr Kind nicht sauber genug gehalten werde, habe auch wiederholt Sorge um die weitere Beschaffung einer Unterkunft für das Kind geäußert. — Nach den Gutachten des Prof. Dr. Straßmann und des Sanitätsrats Dr. Mittenzweig konnten an der Leiche alle Symptome des Todes durch Ertrinken festgestellt werden, diese seien aber nicht so absolut sicher, daß nicht noch eine andere Todesart offen bliebe. Jedenfalls habe der in den Mund gesteckte Handschuh, der den Rachen nicht bedeckte, den Erstickungstot nicht hervorgerufen. — Die den Geschworenen vorzulegenden Fragen lauteten auf Mord bezw. Totschlag. Auf Antrag des Verteidigers wurden noch Fragen nach Körperverletzung mit tötlichem Erfolge, Kindesaussetzung und mildernden Umständen hinzugefügt.

Staatsanwalt Keßler führte den Geschworenen vor, daß alle Thatumstände darauf hindeuten, daß die Angeklagte die Tötung mit voller Ueberlegung ausgeführt habe und empfahl für den Fall, daß die Geschworenen nur Totschlag annehmen sollten, die Verneinung der Frage nach mildernden Umständen. — Rechtsanwalt Ballien vertrat die entgegengesetzte Auffassung. Nach seiner Ueberzeugung habe die Angeklagte ohne Ueberlegung und in einem Augenblicke gehandelt, als sie die Verzweiflung und die Sorge für die Zukunft übermannte. Der Verteidiger wies schließlich auf das Schicksal des Moses hin und war der Ansicht, daß man die That der Angeklagten sehr wohl aus dem Gesichtspunkte der Kindesaussetzung betrachten könnte. Der Spruch der Geschworenen lautete auf schuldig des Totschlages unter Zubilligung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie vier Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust und der Gerichtshof erkannte auf diese Strafe.

Lebendig begraben. Am 18. Mai, Vormittags, fanden zwei kleine Knaben, die an einem Humushaufen hinter dem Neubau der St. Paulskirche auf der Theresienwiese in München spielten, die mit Erde und Steinen bedeckte Leiche eines Kindes männlichen Geschlechtes. Die Sektion der Leiche ergab, daß das etwa fünf bis sechs Tage alte Kind lebendig begraben worden und erstickt sei. Es gelang den Recherchen der Polizei, in der Person der 24 Jahre alten ledigen Köchin Margaretha Bauer von Köttnitzmühle, Amtsgerichts Nabburg, die Mutter und zugleich die Mörderin des Kindes zu ermitteln, welche auch ein offenes Geständnis ablegte. Die Bauer hat bereits drei Mal außerehelich geboren. Das erste Kind ist gestorben. Bezüglich des zweiten Kindes liegt der Verdacht sehr nahe, daß sie dieses Kind gleichfalls beseitigt habe. Sie hatte es aus dem Kostplatze am 2. Januar d. J. abgeholt und seitdem ist es verschollen. Die Angeklagte behauptet, dieses Kind in der Nähe des Bahnhofes in Regensburg ausgesetzt zu haben; doch weiß dort Niemand etwas von einem aufgefundenen Kinde. Der Vater der letzten beiden Kinder ist ein Maler Namens Sandlein, der ihr stets das Heiraten versprach, sein Wort aber nicht hielt. Er habe sich dann stets mit anderen Frauenspersonen abgegeben, ihr das Geld abgeschwindelt und sich dann nicht mehr sehen lassen. Da seien ihr schon mehrmals die Gedanken gekommen, das Kind bei Seite zu schaffen; ihr Wunsch sei gewesen, das Kind möge sterben und zuletzt habe sie in ihrer Verzweiflung den Entschluß gefaßt, das Kind zu töten. Am 15. Mai sei ihre Schwester zu ihr gekommen, habe sie mit Vorwürfen überhäuft und dies habe ihren Entschluß befestigt. Am 17. Mai sei sie Nachmittags mit ihrem Kinde von ihrer Wohnung fort, den ganzen Tag umhergeirrt, sei zwei Mal zur Wittelsbacher Brücke gegangen, um das Kind in die Isar zu werfen, allein sie habe geglaubt, das Kind würde schreien und müßte zuviel leiden, deshalb sei sie davon abgestanden und habe sich zur Theresienwiese begeben, wo sie das Kind dann in der Weise lebendig begraben habe, daß sie es mit dem Gesichte gegen die Erde zu in ein Loch des Humushaufens legte und mit Erde, Schutt und Steinen bedeckte, um es zu ersticken. Es sei dies um ½9 Uhr abends gewesen. — Die Angeklagte ist demnach völlig geständig, das Kind mit Ueberlegung getötet und sich des Verbrechens des Mordes schuldig gemacht zu haben. Urteil 10 Jahre Zuchthaus. Die Angeklagte bat um Todesstrafe.

Militärisches.

Ueber ein entsetzliches Stück Krieg im Frieden meldet die „Berl. Ztg.": Bei den gestrigen Gefechtsübungen auf dem Tempelhofer Felde, die in Gegenwart des Kaisers stattfanden, hat sich ein recht schwerer Unglücksfall ereignet. Bei einem Ansturm der Garde-Drazoner über ein vom Ge-

witterregen ganz aufgeweichtes Gelände, in das die Pferde tief einsanken, stürzten eine größere Anzahl von Leuten. Ein Dragoner geriet so unglücklich zu Fall, daß er von den nachfolgenden Schwadronen überritten wurde. Der Unglückliche soll sofort tot gewesen sein. Mehrere andere wurden durch Lanzenstiche schwer verletzt. Der Kaiser, der sofort zur Stelle war, sprach seine höchste Entrüstung darüber aus, daß man die Schwadronen über jene gefährliche Stelle hatte reiten lassen. Wie ein Berliner Blatt weiter zu berichten weiß, soll ein Arzt weder auf dem Uebungsfelde, noch in der nahen Dragonerkaserne zu finden gewesen sein. Auch ein Sanitätswagen für die Verunglückten war nicht zu beschaffen. Dieselben wurden auf einem anderen schnell beschafften Wagen auf Stroh gebettet und ins Lazarett gebracht.

Vermischtes.

Aufruhrprozeß. In dem bei Magdeburg gelegenen Wolmirstedt kam es vor längerer Zeit zu einem Konflikte zwischen Polizeibeamten und einer größeren Volksmenge, wobei aus dieser mit Steinen auf die Beamten geworfen wurde. Das Landgericht Magdeburg hat am 18. März eine Anzahl von Angeklagten wegen Aufruhrs verurteilt, darunter auch die Arbeiterfrau Luise Paul, geb. Köhli, zu sechs Monaten Gefängnis, weil sie sich in der Menge befunden mit dem Bewußtsein, daß diese Gewaltthätigkeiten gegen Beamte verübe. Die von dieser Angeklagten eingelegte Revision wurde am Donnerstag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. Gethan hat die Frau nichts Uebles. Sie befand sich aber unter der Menge und sollte das „Bewußtsein" haben, daß diese Menge „gewaltthätig" gegen Beamte vorgehe. Das genügt, um sechs Monate Gefängnis über die Frau zu verhängen!

Der sozialdemokratische Medizinalverband. Zum Sonntag, 14. Juni, hatte der Medizinalverband Mannheim ein Waldfest geplant nebst Festzug von der Stadt aus. Das Bezirksamt hat aber dem Medizinalverband einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem es die Genehmigung zu dem Festzug versagte, „da, wie aus den Artikeln der „Volksstimme" in Nr. 123 vom 29. v. M. und Nr. 131 vom 9. d. M. hervorgeht, die Veranstaltung einer parteipolitischen (sozialdemokratischen) Demonstration beabsichtigt ist, welche ihres herausfordernden Charakters wegen im Interesse der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf den Straßen der Stadt und Umgebung nicht zugelassen werden kann". — Nun bezweckt aber der Medizinalverband durchaus nichts Politisches, sondern die Unterstützung von Kranken. Aber das thut nichts, die Mitglieder sind größtenteils Arbeiter, Arbeiter sind Sozialdemokraten — ergo ist der Festzug des Krankenunterstützungsvereins eine „sozialdemokratische Demonstration herausfordernden Charakters". Uebrigens kann der Medizinalverband dem Bezirksamt für seine Unterstützung dankbar sein, denn das Fest dürfte nach dieser wirksamen Reklame einen hübschen Ueberschuß geben.

Mit gelber Flagge lief am Sonntag Abend die schwedische Barke „Shrine" in Dover ein, ein Zeichen, daß gefährliches Fieber an Bord herrscht. Als die Beamten des Gesundheitsamtes an Bord traten, ward ihnen die Mitteilung, daß alle Offiziere tot und ein Teil der Mannschaft am Fieber erkrankt läge. Die „Shrine" wurde natürlich sofort unter Quarantäne gestellt. Das Schiff befand sich auf der Fahrt von der westafrikanischen Küste nach Hamburg. Die englischen Aerzte sind noch im Zweifel, welche totbringende Seuche an Bord herrscht. Man will versuchen, das Schiff nach Hamburg bugsieren (?) zu lassen, und einem Lotsen sind große Summen für die Führung angeboten worden.

Quittung.

Für die im Ausstande befindlichen Arbeiter gingen ein:

Bereits quittiert	21 634,74 M.
Liste 24 (2. Rate)	20,— „
Liste 176 (5. Rate)	14,50 „
Summa	21 669,24 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Polizei-Verordnung vom 28. August 1875 wird hierdurch angeordnet, daß die zur Straßenreinigung verpflichteten Haus- und Grundbesitzer die Straßenrinnen und die befestigten Bürgersteige täglich, und zwar vor 9 Uhr morgens, mit reinem Wasser gründlich zu reinigen haben. Diese Verpflichtung erlischt für einzelne einfallende Regentage, kommt aber für die folgenden Tage erst dann in Wegfall, nachdem die obige Anordnung ausdrücklich zurückgenommen ist. Zuwiderhandlungen werden nach § 5 a. a. O. mit Geldstrafe bis zu 9 Mk. bezw. mit Haft bestraft.

Bielefeld. **Die Polizei-Verwaltung.**

Milch-Kontrolle.

1. Juni cr. Kolon Eduard Rottmann zu Uerentrup: spezifisches Gewicht 1,0327, Trockensubstanz 13,04 pCt., Fettgehalt 3,80 pCt. Sehr gute Milch.

1. Juni cr. Kolon Gletz zu Bächterdissen, Verkäufer Wilhelm Siebrasse daselbst: spezifisches Gewicht 1,0289, Trockensubstanz 13,25 pCt., Fettgehalt 4,80 pCt. Vorzüglich gute Milch.

1. Juni cr. Kolon Gäse zu Gellershagen, Verkäufer Gottlieb Niekamp daselbst: spezifisches Gewicht 1,0323, Trockensubstanz 11,99 pCt., Fettgehalt 3,05 pCt. Gute Milch.

1. Juni cr. Heuerling Moormann zu Gut Subbrak, Verkäufer Gottlieb Niekamp zu Gellershagen: spezifisches Gewicht 1,0325, Trockensubstanz 11,47 pCt., Fettgehalt 2,83 pCt. Nicht marktfähig.

1. Juni cr. Meyer zu Heepen zu Heepen, Verkäufer Schulze daselbst: spezifisches Gewicht 1,0279, Trockensubstanz 15,63 pCt., Fettgehalt 7,00 pCt. Vorzüglich gute Milch.

1. Juni cr. Kolon Welp zu Sieker, Verkäufer August Brinkmann daselbst: spezifisches Gewicht 1,0319, Trockensubstanz 11,59 pCt., Fettgehalt 3,01 pCt. Gute Milch.

1. Juni cr. Oekonom Kuhlmann zu Ehrdissen, Verkäufer Knecht Heinrich Rüter daselbst: spezifisches Gewicht 1,0319, Trockensubstanz 13,04 pCt., Fettgehalt 4,00 pCt. Sehr gute Milch.

1. Juni cr. Oekonom Fritz Büttröme zu Oldentrup, Verkäufer Knecht Gottlieb Wiechmann daselbst: spezifisches Gewicht 1,0329, Trockensubstanz 12,08 pCt., Fettgehalt 3,00 pCt. Gute Milch.

Die Polizei-Verwaltung.

Ausverkauf.

Damen- und Kinderschürzen, Kinderkleidchen, Schürzen-, Kleider- und Bettsiamosen

zu enorm billigen Preisen. Ferner wegen Aufgabe des Artikels

Partie Damen-Blousen

zu und unter Einkaufspreis. 1563*

C. F. Schleef, Viktoriastraße 6.

Kochmaschinen

in größter Auswahl, feinster Ausführung, bei vorzüglichster Qualität, empfiehlt zu billigsten Preisen. [1372

Adolf Heine.

Gebrauchte Herde gebe zu jedem annehmbaren Preise ab.

Broschüren, Statuten liefert schnell und sauber Buchdruckerei „Volkswacht".

Nachruf.

Gestern Morgen 8¾ Uhr verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitarbeiter

Friedrich Neisch

im Alter von 59 Jahren.

Sein biederer Sinn sowie sein ehrenhafter Charakter sichern ihm ein bleibendes Andenken. Leicht sei ihm die Erde!

Seine Mitarbeiter
der Tischlerei der Bielefelder Maschinenfabrik
1566* vorm. Dürkopp & Co.

Bringe mein [1567

Barbier- u. Friseurgeschäft

in empfehlende Erinnerung und bitte um geneigten Zuspruch.

R. Rhodovi,
Teutoburgerstraße 22.

Sozialdemokratischer Verein

für Bielefeld und Umgegend.

Donnerstag, den 18. d. Mts., abends 8½ Uhr:

Vorstands-Sitzung

im Lokale des Herrn **Israel.**

Zahlreichen Besuch erwartet [1562

Der Vorsitzende.



Ed. Tubbesing, 795
Uhren- u. Brillenhandlung
11c Neumarkt 11c.
Billigste Preise.

Eine größere Partie Fahrräder
mit Pneumatik
vorjährige Modelle, billig zu verkaufen. [1557

Louis Stratemann,
Neumarkt 4.

In der Buchhandlung „Volkswacht" ist soeben eingetroffen:

Süddeutscher Postillon
№ 13 (1896)
Preis 10 Pfennige.

Zwei perfekte Gehilfinnen zum Weißnähen

auf feine Herren- und Damenwäsche bei gutem Lohn mögl. bald **gesucht.**
1564] Frau Habel,
Münster, Wermelingstr. 83 b.

Drei kräftige Arbeiter
gesucht. [1567*
Droop & Rein's Neubau.

Hemden-Näherinnen
finden sehr gute Beschäftigung.
1565*] Viktoriastraße 42.

Die **Buchhandlung „Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstraße 20, empfiehlt den Genossen und Genossinnen zur Anschaffung, sowie den Arbeitervereinen zur Ergänzung der Bibliotheken folgende im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart bisher erschienene Werke unter dem Titel:

Internationale Bibliothek.

I. Serie.

1. Band.	Aveling, Die Darwinsche Theorie	Geb. Mk. 2,—
2. Band.	K. Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren	„ „ 2,—
3. Band.	Köhler, Weltschöpfung und Weltuntergang	„ „ 3,50
4. Band.	Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Auflage	„ „ 2,—
5. Band.	K. Kautsky, Thomas More	„ „ 2,50
6. Band.	A. Bebel, Charles Fourier	„ „ 2,50
7. Band.	Max Schippel, Das moderne Elend. (Vergriffen.)	
8. Band.	J. Stern, Die Philosophie Spinoza's	„ „ 1,50
9. Band.	A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus	„ „ 2,50
10. Band.	Lissagaray, Die Geschichte der Kommune von 1871	„ „ 3,—
11. Band.	F. Engels, Der Ursprung der Familie	„ „ 1,50
12. Band.	K. Marx, Das Elend der Philosophie	„ „ 2,—
13. Band.	K. Kautsky, Das Erfurter Programm	„ „ 2,—
14. Band.	Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England	„ „ 2,50
15. Band.	Stepniak, Der russische Bauer	„ „ 2,—
16. Band.	Simon, Dr. F. B., Die Gesundheitspflege des Weibes	„ „ 2,50
17. Band.	Mehring, Franz, Die Lessing-Legende	„ „ 3,50
18. Band.	Lux, Dr. H., Etienne Cabet	„ „ 2,—
19. Band.	Lütgenau, Dr. Fr., Natürliche und soziale Religion	„ „ 2,—
20. Band.	Plechanow, N. G. Tschernischewsky, Eine literarhistorische Studie	„ „ 3,—

II. Serie.

1. Band.	Wilhelm Blos, Die französische Revolution. Reich illustriert	Broch. Mk. 4,—
	(Auch zu beziehen in 20 Heften à 20 Pfg.)	Geb. „ 5,50
2. Band.	R. Bommeli, Die Geschichte der Erde. Reich illustriert	Brosch. „ 4,40
	(Auch zu beziehen in 22 Heften à 20 Pfg.)	Geb. „ 5,90
3. Band.	Dr. W. Zimmermann's Großer deutscher Bauernkrieg. Reich illustriert	Brosch. „ 5,20
	(Auch zu beziehen in 26 Heften à 20 Pfg.)	Geb. „ 6,70
4. Band.	Dr. Bernhard Langkavel, Der Mensch und seine Rassen. Reich illustriert	Brosch. „ 4,00
	(Auch zu beziehen in 20 Heften à 20 Pfg.)	Geb. „ 5,50
5. Band.	Wilhelm Blos, Die deutsche Revolution. Reich illustriert	Brosch. „ 4,20
	(Auch zu beziehen in 21 Heften à 20 Pfg.)	Geb. „ 5,70
6. Band.	R. Bommeli, Die Pflanzenwelt. Mit ca. 400 Abbildungen und 12 Farbentafeln	Brosch. „ 4,—
	(Auch zu beziehen in 20 Heften à 20 Pfg.)	Geb. „ 5,50
7. Band.	R. Bommeli, Die Tierwelt. Mit ca. 600 Abbildungen und 12 Farbentafeln	Brosch. „ 5,60
	(Auch zu beziehen in 28 Heften à 20 Pfg.)	Geb. „ 7,10

Fernrohre per Stück 3,20 Mk.

Mit 4 feinen Linsen und 3 Auszügen.
Starke Vergrösserung unter Garantie!
Jedes Fernrohr, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.
Preis-Katalog
sämtlicher optischen Waren, aller Arten Messer, Scheeren, Schuss-, Hieb- und Stichwaffen versenden an jedermann gratis und franko. [830

Kirberg & Comp., Gräfrath bei Solingen.

Zur Massenverbreitung empfohlen!

Der Essener Meineidsprozeß.

Von Dr. Franz Lütgenau.

48 Seiten großoktav. **Preis 15 Pfg.** Porto 5 Pfg.

Weit hinein in die bürgerlichen Kreise hat dieser Prozeß durch seine Einleitung, seinen Verlauf und das Geschworenen-Urteil Aufregung getragen und auch dort offene Mißbilligung gefunden, die in der Schrift durch die Stimmen aus der gegnerischen Presse für spätere Zeiten registriert ist. Erst durch die Schilderung der tiefen Klassenscheidung und Klassengegensätze in der rheinisch-westfälischen Industriehölle, aus denen der Verfasser den Prozeß erklärt, wird dieser verständlich und begreift man es, warum der Staatsanwalt durch den Hinweis auf die Streiks 2c. so offen an die Klasseninstinkte der Geschworenen appellierte. Auf diesem Boden ist auch der **Zeuge Münter** eine typische Erscheinung. Aus den Verhandlungen, denen der Verfasser selber beiwohnte, erbringt er den Beweis für die Unschuld der Verurteilten.

Wir empfehlen die Schrift zur weitesten Verbreitung.

Buchhandlung „Volkswacht".

In der Buchhandlung „Volkswacht" ist vorrätig:

Ratschläge zur Leitung von Versammlungen.

48 Seiten mit Umschlag.
Preis 20 Pfennige.

Die Anschaffung ist den Vorständen aller politischen und gewerkschaftlichen Vereine warm zu empfehlen.